

Volksstimme

Einzelpreis 130 Mt.

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Paul Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Emden, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. P. F. Luch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 981. Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110.

Bezugspreis: Monatlich 3200,00 Mt. Beim Abholen vom Verlag und von Ausgabestellen monatlich 30,00 Mt. — Anzeigengebühr: Die 10gepaltene Nonpareilzeile 20,00 Mt., auswärts 30,00 Mt., Reklameteil Seite 900,00 Mt., auswärts 1050,00 Mt. — Vereinstalender Seite 225,00 Mt., Anzeigengebühr geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen Zahlung erfolgt. Postkontokonto: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 55.

Magdeburg, Mittwoch den 7. März 1923.

34. Jahrgang.

Wie sie mogeln.

Die großen Unternehmerorganisationen unterhalten Liegenbüros zur Unterrichtung ihrer Mitglieder in Steuerfragen und zur Beeinflussung der bürgerlichen Parteien bei der Steuererhebung. Eine gewaltige Literatur ist entstanden, aus der man die Kunst der „Steuerersparnis“ lernen kann. Ebenso wichtig sind die darauf bezüglichen Rundschreiben der Steuerauskunftsstellen der Unternehmerverbände.

Einem solchen vertraulichen Rundschreiben der Steuerauskunftsstelle des Deutschen Großhandels vom 3. Dezember 1922 entnimmt der „Vortwärts“ zwei Hinweise, die auch unsere Leser als Proben der „unerträglichen Beschlagnahme“ interessieren dürften. Nach einem Hinweis auf die Bewertung von Wertpapieren wird in dem Rundschreiben folgendes Beispiel angeführt:

Der Steuerpflichtige besitzt eine Million Bankguthaben. Läßt er diese als Bankguthaben liegen, so wird sie mit einer Million zur Vermögenssteuer und zur Zwangsanleihe angelegt. Kauft er für eine Million Norddeutsche Lloyd-Aktien, so erhält er hierfür (angenommen, daß die Aktien auf 1000 Aktien) für 100 000 Mark nominal Aktien. Diese werden jedoch nur mit dem Durchschnittskurs von 205, also mit 20 500 000 Mark, bewertet! Angenommen, die Aktien stehen auf 1500, und er kauft gleichfalls für 100 000 Mark nominal, so nimmt er einen Kredit von 500 000 Mark in Anspruch. Die Aktien werden wiederum nur mit 205, also mit zusammen 20 500 000 Mark, auf der Passivseite eingelegt. Diesen 20 500 000 Mark stehen auf der Passivseite 500 000 Mark Kredit gegenüber, die in voller Höhe abgesetzt werden! Der Steuerpflichtige hat also trotz seines Vermögensstandes von einer Million Mark überhaupt kein Vermögen zu versteuern! Auch andre Schulden, z. B. Dividenden, werden zu ihrem vollen Betrag angelegt.

Daran wird folgende Bemerkung geknüpft:

Diese Ersparnismöglichkeit ist derart eigenartig, daß mit einer Änderung des Gesetzes gerechnet werden muß. Das Reichsfinanzministerium ist jedenfalls auf diese offensichtliche Lücke des Gesetzes aufmerksam gemacht worden.

Weit gefehlt! Das Reichsfinanzministerium hat keine Änderung der „eigenartigen Ersparnismöglichkeit“ vorgezogen, weil die bürgerlichen Parteien gar nicht daran denken, diese die Spekulation auf Effekten und Dividenden so ungemein begünstigende Vorrichtung aufzuheben. Sie sind der Meinung, daß es nichts schadet, wenn der Dividendspekulant viel schonender behandelt wird als der Steuerzahler, der minderwertige Papiermark besitzt. Ihr Verhalten entspricht der Meinung, daß die Dummheit des Besitzes von Papiermark wirklich Strafe verdient. . . .

Ein anderer Hinweis in dem Rundschreiben ist ebenfalls von großem Interesse. Es heißt nämlich:

Vielfach ist die Ansicht vertreten, daß Dividenden mit dem Kurs am Schluß in die Bilanz einzusetzen seien. Das ist unzutreffend. Für die Einkommensteuer sind Dividenden gemäß § 33a EStG, da es sich um Gegenstände des Betriebsvermögens handelt, mit dem Anschaffungspreis einzusetzen. Sie können mit dem Tageskurs eingelegt werden, wenn dieser niedriger ist. Der Sinn des § 33a EStG, geht dahin, daß noch nicht realisierte Gewinne nicht zur Einkommensteuer herangezogen werden sollen. Für die Vermögenssteuer und Zwangsanleihe gilt § 25 des Zwangsanleihegesetzes, wonach der Durchschnittskurs am 30. Juni 1920 für 1921 und 1922 maßgebend ist. Auf der Passivseite der Bilanz können dagegen die Dividenden mangels anderslautender gesetzlicher Vorschriften mit dem Kurs am Schluß eingelegt werden! Hiernach ist der Dollar für die Vermögenssteuer und Zwangsanleihe auf der Aktivseite der Bilanz mit dem Durchschnittskurs, der 171 beträgt, auf der Passivseite, wenn die Bilanz den 30. November 1922 als Stichtag hat, mit rund 8000 einzusetzen!

Wer nach dieser Anweisung verfährt und somit selbst bei Millioneneinkommen steuerfrei ist, macht sich aber nicht etwa der Steuerhinterziehung schuldig. Im Gegenteil, er handelt genau nach dem Wortlaut des Gesetzes und nach den Absichten der bürgerlichen Parteien als Gesetzgeber. Ein Antrag der Sozialdemokraten bei Beratung des Geldwertengesetzes, daß Dividenden stets zum Kurzwert des Bilanztages einzusetzen sind, wurde abgelehnt, dafür aber beschlossen, daß Betriebe, die Dividenden haben müssen, diese mit Waren, d. h. wesentlich unter ihrem Anschaffungswert, einlegen können.

Der Objektivität halber wollen wir ausdrücklich darauf aufmerksam machen, daß das Rundschreiben vom 3. Dezember datiert. Es berücksichtigt daher nicht die letzte Änderung der Zwangsanleihe, durch die Wertpapiere und ausländische Zahlungsmittel etwas höher bewertet werden, als es die Beispiele tun. An dem Prinzip der Steuerbegünstigung wird dadurch gar nichts, an dem Maße nur sehr wenig geändert.

Es bleibt noch immer so: Wer 100 000 Dollar in seinem Besitz und 11 000 Dollar Schulden hat, hat steuerlich nicht 89 000 Dollar oder 623 Millionen

Mark Vermögen (31. Dezember 1922 Dollarkurs etwa 9000) — sondern gar kein Vermögen. Er braucht weder Zwangsanleihe zu zeichnen, noch Vermögenssteuer zu zahlen.

Das nennt man „Opfer des Besitzes“.

Der Druck auf den Wagen.

Die Direktoren der geplanten französisch-belgischen Eisenbahnverwaltung im Ruhrgebiet treffen gegenwärtig die ersten Vorbereitungen zur Übernahme ihres Amtes. Inzwischen sind die Militärs eifrig dabei, den neuen Männern die künftige Arbeit zu erleichtern. Sie „beschlagnahmen“ alles rollende Material, das ihnen vor die Finger kommt, so daß jetzt schon infolge Mangels an Verkehrsmitteln ein geregelter Zugverkehr unmöglich ist. Lebensmittelzüge aus dem Innern des Reiches können gegenwärtig noch in das Ruhrgebiet gefahren werden, aber auch diese Zufuhr wird bald unterbleiben müssen, da die Franzosen die Ausfuhr leerer Güterzüge restlos unterbinden. Das heißt, daß die jetzt noch auf dem Eisenbahnweg vor sich gehende Ernährung der Bevölkerung das Reich täglich mehrere Maschinen und ungefähr 200 Güterwagen kostet — ein Zustand, der schon im Verlauf mehrerer Wochen unhaltbar wird. Durch die Beschlagnahme der Verkehrsmittel ist natürlich auch jede andre Zufuhr lähmgelegt, da sich das Reich hüten muß, zum Vergnügen der Franzosen fortgesetzt Wagen in das Ruhrgebiet laufen zu lassen, die wir jedenfalls vorläufig nicht wiedersehen werden.

Diese „Maßnahmen“ der Franzosen und Belgier zeigen immer deutlicher, welches Ziel mit der sogenannten „Übernahme der Eisenbahnen“ erstrebt wird. Es kommt ihnen gar nicht darauf an, einen regelrechten Betrieb zustande zu bringen, als vielmehr, jede Ein- und Ausfuhr, jeden Güter- und Personenverkehr, soweit er nicht durch sie direkt oder durch ihre Befehle bewerkstelligt wird, lahmzulegen. Würde die „Übernahme der Eisenbahn“ mit der ernsthaften Absicht verbunden sein, einen ordnungsgemäßen Verkehr zustande zu bringen, dann wäre es sinnlos, alles rollende deutsche Material auf die militarisierten Strecken zu verschleppen und die bisher nicht unter Militärgewalt stehenden Linien dadurch restlos brachzuliegen.

Es wird nicht lange dauern, dann werden, selbst wenn das Reich die Opfer nicht scheut, die ihm durch weitere Lebensmitteltransporte infolge Beschlagnahme der hierzu notwendigen Wagen entstehen, auch die jetzt noch zur Lebensmittelbeförderung benutzten Linien für den deutschen Bedarf ausgeschaltet, und jede deutsche Lebensmittelzufuhr wird unmöglich gemacht. Von der Lahmlegung des Personenverkehrs verspricht man sich Steigerung der Arbeitslosigkeit, da viele Arbeiter, Angestellte und Beamte nicht im Wohnort arbeiten und infolge Stilllegung der Eisenbahn nicht zur Arbeitsstelle gelangen können. Von der Unterbindung jedes Güterverkehrs erwartet Deauville erhöhte Steigerung dieser Arbeitslosigkeit, die gleichzeitig mit einem Druck auf den Wagen durch Erschwerung der Lebensmittelzufuhr auf das Gemüt der Bevölkerung wirken soll. So soll schließlich die allgemeine Unterwerfung der Ruhrbevölkerung unter französischen Oberbefehl erzwungen werden.

Im allgemeinen wird das nicht so einfach sein, wie man es sich in Paris und Brüssel vorstellt. Leider aber hat die Kernwundtastik Frankreichs auf einzelne schwache Subjekte schon Einfluß ausgeübt. Es gibt Leute im Westen Deutschlands — bisher nur wenige —, die für Geld und gute Worte sich selbst und die in der Abwehr stehende Arbeiterklasse verraten haben, so daß der Reichspräsident genötigt war, die bekannte Verordnung zu erlassen, die derartigen Landesverrat mit Zuchthaus nicht unter 10 Jahren beziehungsweise lebenslanglichem Zuchthaus bestraft.

Einzelmeldungen.

Neuer Vormarsch.

Die Franzosen haben einen neuen Vormarsch begonnen. Sie sind von Bobwinkel aus in den frühen Morgenstunden des Montags südlich nach Gräfrath marschiert, von dort aus bei Selingen vorbei nach Kronenhera und dann nach Remscheid. Von Remscheid aus marschierte die Spitze der Truppen am Nachmittag weiter nach Wipperfurth. Der Vormarsch ist etwa 25 bis 30 Kilometer weit gekommen. Die Franzosen haben die neutraffizierte Zone des enliefen Gebietes nicht respektiert, sondern sind durchmarschiert und haben die Orte, die in dieser Zone liegen, einfach besetzt.

Es hat den Anschein, als ob dieser Vormarsch die Verbindung des neubefetzten Ruhrgebiets mit dem Brückenkopf Koblenz herstellen sollte. Bisher hat die englisch besetzte Zone unmittelbar auf Deutschland begrenzt. Seit einigen Tagen ist aber der zwischen der englischen Zone und dem Brückenkopf Koblenz liegende, nicht besetzte „Flaschenhals“ mit französischer Besetzung versehen worden. Der heutige Vormarsch geht in der Richtung nach diesem besetzten Teil und soll das Schlüsseltück bringen in der ganzen Front, die von Wesel im Süden bis oben im Norden bei Wesel eine einheitliche, von den Franzosen besetzte Grenze und Bollschranke schafft.

Neue Morbiden.

In der Nacht zum Montag ging der Bergarbeiter Grote aus Polsum über das Bahngleis bei Buer. Der auf dem Gleis als Wache stehende französische Posten schoß auf den Bergarbeiter und tötete ihn auf der Stelle. Die Belegschaften der Zeche „Westerholt“ und „Bergmanns Glück“, auf denen der Getötete beschäftigt war, traten sofort in den Proteststreik. In der Nacht zum Sonntag wurde ein Arbeiter in der Herner Straße durch einen Bajonettschuss eines Franzosen getötet.

Am 3. März kurz nach 11 Uhr abends wurde nach einer Meldung des W. L. B. in der Hermannstraße der Ingenieur Oswald Dirks in Begleitung seines Freundes ohne jede Veranlassung von einem französischen Soldaten (anscheinend einem Unteroffizier) durch einen Revolverbeschuss schwer verletzt. Er wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er seinen schweren Verletzungen erlegen ist. Der Franzose entfloh gleich nach der Mordtat. Zur selben Zeit wurde der Schlosser Heinrich Wangerl von einem französischen Offizier mit einem nicht erkennbaren Gegenstand derart ins Gesicht geschlagen, daß Wangerl sofort Bewußtlosigkeit und blutend zu Boden fiel. Erst nach fast einer Stunde fand er unter den Händen eines Arztes die Besinnung wieder, der französische Offizier kümmerte sich nicht um den Verletzten.

Der von einem französischen Posten im Bereich des neubefetzten Hauptbahnhofsgebäudes Essen Erschossene ist nunmehr als der Bahnwärter Herold festgesetzt worden. Er wurde in der Nähe der Zeche „Königin Elisabeth“ auf dem Bahngelände erschossen. Einzelheiten der Tat konnten bisher nicht ermittelt werden.

Eine Abgabe.

Am Sonnabend nachmittag fanden in Darmstadt mit dem Kommandanten der französischen Besatzungsbefehle Verhandlungen statt, deren Ergebnis die Räumung des Bahnbetriebswerks Darmstadt sowie des Güterbahnhofs durch die Franzosen war, so daß das Personal die Arbeit am Montag wieder aufgenommen hat. Am gleichen Tage (Montag) fanden Verhandlungen statt, um die Räumung des Lokomotiv-Ausbesserungswerkes zu erreichen. Diese Verhandlungen scheiterten. Die Franzosen lassen sich auf eine Räumung des Lokomotiv-Ausbesserungswerkes nicht ein, sondern erklären, daß sie das Werk in eigene Verwaltung übernehmen.

Auf eine Erklärung der Eisenbahnarbeiter, daß sie von der Notwendigkeit dieser Maßnahme nicht überzeugt seien, da hierfür ein Grund nicht vorliege, erwiderten die Franzosen, daß sie über die in Mainz zutage getretene Sabotage sehr enttäuscht seien und den Betrieb in Darmstadt in der Hand behalten wollen, um eine Sabotage zu verhindern. Die Maschinen würden nach dem besetzten Gebiet abgefahren. Wenn die Arbeiterschaft unter französischer Leitung arbeiten wolle, so könne sie jederzeit anfangen. Dieses Amtinnen haben die Vertreter der Arbeiterorganisationen entschieden abgelehnt.

Verbotener Arbeiterkongreß.

Wie die „Sozialistische Republik“ meldet, wurde dem Geschäftsführer der Kommunistischen Partei Deutschlands, Ortsgruppe Köln, durch den Polizeipräsidenten mitgeteilt, daß er vom englischen Stadtfriedensdelegierten beauftragt worden sei, dem Geschäftsführer zu eröffnen, daß der von der Kommunistischen Partei Deutschlands für den 17. März dieses Jahres geplante Internationale Arbeiterkongreß in Köln nicht stattfinden darf.

In Guxkriehen wurde der Vorsitzende des Gewerkschafts-funktionärs, Gewerkschaftssekretär Sonnenschein, von den Franzosen verhaftet und im Automobil weggeführt. Er wurde hinter Sennes ausgehakt. Seine Familie muß ihm innerhalb vier Tagen folgen.

Deutsche Plünderer.

Nach amtlichen Berichten mußte die städtische Feuerwehr Eiens am Sonnabend in nicht weniger als vier Fällen von schweren Plünderungen eingreifen, da die Stadt Essen ohne genügenden Polizeischutz ist. Es gelang den eingreifenden Beamten, als Hauptführer bei diesen Plünderungen einen gewissen Klankenberg festzunehmen.

Unter französischem Schutze.

Das Wohnungsamt in Linden-Dahlhausen bei Pochum hatte vor einigen Tagen einem Vermieter eine Wohnung zugewiesen. Als dieser einziehen wollte, hatte sich schon ein jüngerer Vermieter eingestellt, der nun mit Hilfe der Polizei wieder zur Räumung gezwungen werden sollte. Man traute seinen Augen kaum, als mittlerweile ein französisches Kommando erschien, das der Polizei erklärte, der Inhaber brauche die Wohnung nicht zu räumen. Auf nähere Erkundigungen erfuhr man, daß der neue Mieter bei den Franzosen gewesen war und dort angegeben hatte, er solle wegen seiner francofreundlichen Gesinnung auf die Straße gesetzt werden. Dieser jüngerere Deutsche ist der Sohn des evangelischen Pfarrers Schimmel aus Stiepel und stammt aus gut deutsch-nationaler Familie.

